Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

2.7.1925 (No. 150)

Visual Library

№ 150 Donnerstag, den 2. Juli 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Winzerkredite

** Das Reich hat nach einer vorläufigen Mitteilung zur Gewährung von Darlehen an Winzer Mittel zur Verfügung gestellt, von denen etwas **über 5 Millionen Reichsmark auf Baden** entfallen. Die Verteilung dieser Darlehen an die Winzer wird erfolgen, sobald die in Aussicht gestellten näheren Bedingungen des Reichs für die Unterverteilung bekannt sind.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags

setzte am Mittwoch die 2. Lesung des Hypothekenaufwertungsgesetzes mit dem Kompromißantrag der Regierungsparteien als Unterlage fort und zwar bei Kapitel „Vorbehalt der Rechte und Rückwirkung".

Abg. Dr. **Best** (Hospitant der Völkischen Freiheitspartei) gibt folgende Erklärung ab: Da anscheinend die Parole ausgegeben worden ist, daß über die Gestaltung der Aufwertungsgesetze lediglich die Stimmenzahl zu entscheiden hat, ist das Verhalten der Kompromißparteien folgerichtig. Ich schließe mich dem Verfahren der Kompromißparteien an, behalte mir meine Stellungnahme aber für das Plenum vor und beschränke mich hier auf Fragen und Verlesung meiner Anträge.

Abg. **Keil** (Soz.): Auch wir behalten uns unsere Stellungnahme für das Plenum vor.

In der Debatte wird unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Abgg. Best, Keil und Korsch die Fassung der hinter der Regierung stehenden Kompromißparteien in bezug auf die Bestimmungen über die **Aufwertung bei Vorbehalt der Rechte** und die **Rückwirkung** angenommen. Die Rückwirkung findet danach bis zum 15. Juni 1922 statt und umfaßt Hypotheken und persönliche Forderungen, auch dann wenn der Gläubiger sich bei Annahme der schon erfolgten Leistungen seine Rechte sich vorbehalten hat. Die **Härteklausel** wird dahin erweitert, daß eine Rückwirkung nicht stattfindet, wenn eine unbillige Härte durch Verdrängung oder Liquidation des Vermögens des Schudners vorliegen würde, oder wenn das belastete Grundstück nicht mehr im Inland liegt, und deshalb die Inanspruchnahme des Eigentümers wesentlich erschwert wird.

Beim Kapitel **Rückzahlung, Verzinsung** und **Tilgung** des Aufwertungsbetrages will der Kompromißantrag die Möglichkeit schaffen, schon vor dem Rückzahlungstermin, dem 1. Januar 1932 eine Anordnung durch die Aufwertungsstelle treffen zu lassen, daß dem Gläubiger, wenn er sich in schwieriger Wirtschaftslage befindet und der Schuldner keine erheblichen Schwierigkeiten erleidet, eine vorzeitige Zahlung in gesetzlich fixierter Höhe zugesprochen werden kann. Dies soll auf Antrag des Gläubigers geschehen können. Der Antrag soll jedoch nicht vor dem 1. April 1926 gestellt werden können.

Hierzu wurden von dem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Direktor Dr. **Dalberg**, Angaben über Regierungsmaßnahmen gemacht, die außerhalb des Gesetzes den Gläubigern eine vorzeitige Realisierung der Aufwertungshypotheken ermöglichen soll. Die Hypothekenbanken haben sich danach u. a. bereit erklärt, gegen sichere erste Aufwertungshypothek 4 prozentige Pfandbriefe in gleichem Nominalwert zu gewähren, die aus den eingehenden Hypothekenbeträgen zu pari ausgelost werden. Weiter haben sich Versicherungsgesellschaften bereit erklärt, gegen Hereinnahme von Aufwertungshypotheken Lebensrenten zu geben.

Annahme fanden mit den Stimmen der Regierungsparteien die Bestimmungen über eine Verzinsung des Aufwertungsbetrages. Darnach ist der Aufwertungsbetrag bis zum 1. Januar 1925 unverzinslich. Rückständige Zinsen gelten als erlassen. Vom 1. Januar 1925 ab beträgt der Zinssatz 1,2 Proz., vom 1. Juli 1925 ab 2½ Proz., vom 1. Januar 1928 bis zum Fälligkeitstermin, dem 1. Januar 1932, 5 Proz.

Beim Kapitel **Aufwertung von Industrieobligationen** und verwandter Schuldverschreibungen beantragt Abg. Dr. Best die Erhöhung des Aufwertungssatzes von 15 Proz. der Kompromißvorlage auf 50 Proz. — Der Antrag wurde abgelehnt. — Der Ausschuß vertagte sich zur Weiterberatung auf Donnerstag.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages befaßte sich mit der Behandlung der Sicherheitsfrage. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, der vom Staatssekretär v. Schubert begleitet war, leitete die Verhandlungen mit einigen Darlegungen ein.

Der Reichspräsident empfing als Abordnung des Kuratoriums und des Vorstandes der **deutschen Hochschule für Politik**, den Vorsitzenden des Kuratoriums, Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, den geschäftsführenden Vorsitzenden Professor Dr. Jäckh, den Schatzmeister Dr. Hans Fischer und das korrespondierende Mitglied Max Stöhr-Newyork zum Vortrag über Zweck und Tätigkeit der Deutschen Hochschule für Politik.

Deutsche Anleihen in Amerika. Nach einem Telegramm des „Berl. Lokalanzeiger" aus Newyork findet die **Berliner 15 Millionen-Dollar-Anleihe**, die gestern aufgelegt wurde, in Bankkreisen allergrößte Beachtung, da sie die erste größere Anleihe nach dem Kriege ist. Nach Meinung der Bankkreise wird die Zeichnung spielend erfolgen. In der nächsten Zeit werden weitere Anleihen, darunter die **Kölner 15 Millionen-Anleihe** aufgelegt werden.

* Die Not der Wirtschaft

Die **wirtschaftliche Krisis** wird mit jedem Tage größer und schlimmer. Es wäre Vogel-Strauß-Politik, wenn man vor dieser Tatsache die Augen verschließen wollte. Sie wird ja denn auch von allen Einsichtigen und zu einem Urteil Berufenen glatt zugegeben. Die Meinungen gehen höchstens darüber auseinander, ob das Ganze eine genetisch notwendige Gesundungskrisis ist, der dann eine Periode wachsender Blüte folgen muß, oder ob es sich um eine Erscheinung handelt, die überhaupt erst das Präludium eines lang anhaltenden, kritischen Zustandes ist.

Solange wir leben, hoffen wir. Für den Politiker aber ist die Hoffnung geradezu ein Lebenselement schlechthin. Ein Politiker, der die Hoffnung verloren hat, kann von der öffentlichen Bühne ruhig abtreten. Er wird von seinem Volke, zum mindesten von den Parteien nicht mehr gehört werden. Nur noch mit der Feder kann er seinem Pessimismus Flügel verleihen und damit rechnen, daß auch die Volksgenossen, die garnicht seiner Meinung sind, sich das angenehme Gruseln eines Blickes in jenen Abgrund verschaffen, den er ihnen auf dem Papier ausmalt. Der Erfolg des Spenglerschen Buches wird durch dieses angenehme Gruseln mit erklärt. Die Aegypter ließen bei ihren Festmählern eine Mumie, also eine einbalsamierte Leiche im Saale herumtragen. Das Essen hat ihnen dann zweifellos umso besser geschmeckt. Und so gibt es sicherlich auch heute Tausende von Menschen, die die Genüsse Europas im Bewußtsein, daß dieses alles schon dem Untergang geweiht ist, noch mit besonderem Vergnügen entgegennehmen.

Bezeichnenderweise ist die **Wirtschaftskrise** dieser Tage aber **eine allgemeine europäische Erscheinung.** Liest man Berichte aus London, Paris, Wien, Moskau, Rom, Madrid, so erkennt man, daß im Grunde **alle** Länder und **alle** Völker Europas mit den **gleichen** Sorgen zu kämpfen haben, daß aber — vielleicht abgesehen von Sowjetrußland — die Sucht, zu feiern und sich zu betäuben, der Wunsch, einen Glanz vorzutäuschen, der keinen realen Hintergrund mehr hat, **allenthalben** gleich groß sind.

Die **Gründe** für die Wirtschaftskrisis sind gleichfalls Allgemeingründe. Und sie alle lassen sich zurückführen auf den Weltkrieg, dieses ungeheuerliche, dem Selbstmord ähnliche Verbrechen, daß der Unverstand der europäischen Kulturmenschheit auf sich geladen hat. Die Produktionskraft in Europa ist ebenso gesunken, wie die Konsumtionskraft. Es **kann** nicht mehr soviel produziert werden, aus dem einfachen Grunde, weil Millionen und **Abermillionen der besten Arbeitskräfte** durch den **Krieg dahingerafft** sind. Und es kann nicht soviel produziert werden, wie früher, weil das **Publikum** lange **nicht mehr so kaufkräftig** ist. Kommen dann noch Erschütterungen der Valuta, wie jetzt wieder in Frankreich hinzu, dann wird die finanzielle und wirtschaftliche Lage eines Landes geradezu katastrophal.

Nun gibt es allerdings außerhalb Europas Länder, deren Wirtschaftskraft nicht nur ungebrochen ist, sondern sich in ständigem Wachsen befindet. **Amerika** könnte uns ungeheuer viel nützen und hat uns ja auch schon viel genützt. Aber die amerikanische Hilfsbereitschaft oder — sagen wir besser — die Neigung Amerikas, mit uns Kreditgeschäfte zu machen, findet ihre Begrenzung in mancherlei Erscheinungen in Europa, die keineswegs so naturnotwendig und so begreiflich sind, wie jene selbstverständlichen, unmittelbar durch den Krieg hervorgerufenen Schädigungen.

Daß man ausgerechnet in diesem wirtschaftlich so überaus geschwächten Europa noch immer mit dem **Kriegsgedanken** spielt, daß man **Milliarden und Milliarden** für **Rüstungszwecke** ausgibt, daß man noch nicht im mindesten **Bescheidenheit** gelernt hat und in einer Weise verschwendet und **feiert**, wie sie sich nicht einmal ein finanziell gutsituiertes Land leisten könnte, das alles sind Dinge, die auf die amerikanische Stimmung außerordentlich erkältend einwirken.

Ferner sind die Amerikaner durchgängig der Ansicht, daß **bei uns** in Europa selbst bei aller Berücksichtigung der Nachwirkungen des Krieges **nicht genug gearbeitet wird.** Und wenn man die Verhältnisse drüben mit denen in Europa vergleicht, dann sieht man allerdings zu seinem Staunen, daß drüben gewiß drei- bis vierfach so hohe Löhne und Gehälter gezahlt werden, daß drüben aber auch mindestens drei- bis **vierfach soviel geleistet wird.**

Sicherlich werden wir die Wirtschaftskrisis **nur dann überwinden** können, wenn wir uns die **Kritik der Amerikaner zu eigen machen.** Worin sie ihren Hauptpunkten nach besteht, haben wir eben dargelegt. **Hier** gilt es also anzupacken, hier gilt es, für Besserung zu sorgen. Geschehen kann das aber nur dadurch, daß sich die **Geistesverfassung** der **Bevölkerung Europas in ihrer Gesamtheit ändert,** daß also mit der Abrüstung endlich Ernst gemacht wird, daß man bescheidener und sparsamer leben lernt, daß man den Festesrummel beschränkt, und daß jeder soviel arbeitet, als er nach Maßgabe seiner Arbeitskräfte in den vorgeschriebenen Stunden nur irgend arbeiten kann. Das wären die Voraussetzungen für eine Gesundung, letzten Endes also Voraussetzungen volkserzieherischer und moralischer Natur. Werden sie erfüllt, oder wenigstens nach und nach annähernd erfüllt, dann wird der Weg frei werden, und wir werden zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen.

Zum Kapitel Teuerung

ist es natürlich auch eine wichtige Frage wie sehr der **Zwischenhandel** die Ware verteuert. Zweifellos ist der Zwischenhandel notwendig, aber nur insoweit als er als wichtiger unerläßlicher Verteilungsfaktor anzusehen ist. Hier wirkt er unter gewissen Umständen sogar warenverbilligend und ist als durchaus produktiv anzusehen. Die neue Volkszählung wird jedoch darüber Auskunft geben, wie sehr sich der Zwischenhandel im Vergleich zur Vorkriegszeit ausgedehnt hat. Auch er bedarf unter stabilen Währungsverhältnissen zweifellos des Abbaus, der vor allem durch die natürliche Entwicklung (Konkurrenz) kommen muß, auf der anderen Seite aber durch konkurrenzausschaltende Preis- und Absatzabmachungen der beteiligten Handelstreibenden hintangehalten wird. Die **Zunahme** des Zwischenhandels in den letzten Jahren zeigt das amtliche Zahlenmaterial. Nach dem von dem statistischen Reichsamt herausgegebenen Material bestanden in der Gewerbeklasse „Handelsgewerbe" am Ende der Jahre:

1913: Aktiengesellschaften 835, Gesellschaften m. b. H. 9 409, zusammen 10 244; 1919: Aktiengesellschaften 872, Gesellschaften m. b. H. 11 420, zusammen 12 292; 1923: Aktiengesellschaften 4 629, Gesellschaften m. b. H. 31 822, zusammen 36 451.

In den Berliner Handelsregister waren eingetragen: 1913: 31 600 Handelsfirmen, 1919: 39 500 Handelsfirmen, 1921: 48 600 Handelsfirmen, Anfang 1924: 60 000 Handelsfirmen.

Zu den **Fleischpreisen** macht der Berliner „Vorwärts" interessanten Mitteilungen: Auf dem Berliner Zentralviehhof besteht das sogenannte Kammersystem, d. h. die Engrosschlächter mieten sich die einzelnen Kammern des Schlachthofes, und nur sie sind berechtigt, in diesen Schlachtkammern Schlachtungen vorzunehmen. Vor dem Kriege waren immer noch einige Kammern frei! Jetzt aber hat die Zahl der Engrosschlächter derartig zugenommen, daß sich 3 bis 4 von ihnen zusammengetan haben, um in einer Kammer zu schlachten. Teilweise schlachten die Engrosschlächter nicht auf eigene Rechnung, sondern sie schlachten in Lohn und für Ladenschlächter. Da auf diese Weise die freie Konkurrenz ausgeschaltet ist, die Engrosschlächter ein Monopol besitzen, haben sie es natürlich in der Hand, die Preise so zu beeinflussen, wie es ihren Interessen entspricht. Während ein Engrosschlächter vor dem Kriege mindestens **30 Schweine** pro Woche schlachten mußte, um eine Existenz zu haben, genügen heute **6 Schweine pro Woche** zur Existenzfähigkeit. Schließlich stellt der „Vorwärts" fest, daß die Hauptschuld an der gegenwärtigen Preiswelle der Aufkäufer trifft. Im „Vorwärts" wird aus der Provinz Sachsen berichtet, daß die gewerbsmäßigen Aufkäufer für 1 Ztr. Lebendgewicht Schwein 48 Mk. zahlen, das sind 48 Pfg. für ein Pfund. Der „Vorwärts" stellt fest, daß demnach auf dem Wege vom Aufkäufer bis zum Konsumenten das Fleisch eine **Steigerung von 300 Prozent** und mehr durchmacht. Dieselbe Erscheinung ist auch von der **Milch** festzustellen. Die Landwirte erhielten in der Woche vom 4.—11. Juni für 1 Liter Milch frei Bahnhof Berlin, so daß also die Fracht zu Lasten des Landwirts geht, 17 Pfg. Die Verbraucher in Berlin müssen 28 Pfennig zahlen. Interessant ist auch die Entwicklung der **Kartoffelpreise.** Der Erzeugerpreis für Kartoffeln betrug im März im Monatsdurchschnitt 1913 = 2.47 Mk., 1925 = 2.09 Mk. Der **Kleinhandelspreis** für den Zentner Kartoffel betrug hingegen im März im Monatsdurchschnitt 1913 = 3.50 Mk., 1925 = 4.14 Mk. Die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis betrug also 1913 = 1.03 Mk. je Ztr., 1925 = 2.05 Mk. je Ztr. d. h. das **Doppelte.**

Eine neue Nordpolexpedition Amundsens. Nach Blättermeldungen plant Amundsen eine neue Nordpolexpedition, für die wiederum Großflugzeuge des Dorniertyps vorgesehen sind. Ob ein Zusammenarbeiten mit Nansens Zeppelin-Expedition zustande kommt, hängt von dem Ausgang der angebahnten Verhandlungen ab. Wahrscheinlich wird aber Amundsens Expedition schneller vor sich gehen, als die für 1927 angesetzte Zeppelinexpedition.

Mit der Beilage: 36. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Barmataffäre

In der Mittwoch-Sitzung wurde Oberpostrat Dr. **Geiger-München** vernommen. Er bekundet, daß infolge Vermittlung Lange-Hegermanns auf einen Wunsch Dr. Höfles Postgelder, die aus bayer. Postscheckgeldern aufgenommen waren, nach der besetzten bayerischen Pfalz gegeben werden sollten. Ob von Berlin die Gelder nach der Pfalz geflossen sind, kann der Zeuge nicht angeben. Bei einer Unterredung gegen Weihnachten in München hat mir Dr. Höfle nochmals versichert, er sei sich keine unrechten Handlung bewußt. Bei einer weiteren Unterredung am 4. Januar nahm er meine Ausführungen und Warnungen schon ernster; er schien im Kabinett schon Schwierigkeiten zu haben. Er setzte mir auseinander, daß er zum Bau seiner Villa keine unberechtigten Zuschüsse benutzt habe.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor **Klauke**, bekundet zum Fall Lange- Hegermann: Der Minister hat mir einmal einen Zettel hinaufgeschickt, wir sollten einen Kredit von zwei Millionen übernehmen, der an Lange-Hegermann gegeben worden war. Das habe ich als ungesetzlich abgelehnt. Der Zeuge hatte das Gefühl, daß Lange-Hegermann der böse Geist Höfles war. Höfle hat durch seine Gutmütigkeit veranlaßt, wohl Barmat Kredite gewährt. Es waren gegen 12 Mill. Bei einer Unterredung am 17. Okt. (bei einer Feier H. Barmats) kam ihm dann erst das Verdächtige der Sache zum Bewußtsein. Höfle war sehr aufgeregt, bekam Herzkrämpfe und sagte, ich werde schließlich mein ganzes Geld verlieren. Barmat war dabei, aber sehr kaltschnauzig, als sagte er sich, ich habe ja das Geld, alles andere ist mir gleichgültig.

Der Zeuge Ministerialdirektor Dr. **Klauke** bekundet auf eine Frage des Abg. Dr. Pfleger, daß eine Verschleierung des Sachverhaltes ganz objektiv zwar vorliege, eine Täuschung von Dr. Höfle aber nicht beabsichtigt gewesen sei.

In der Nachmittagssitzung wird dann der Abg. **Lange-Hegermann** vernommen. Dieser wünscht zunächst die Frage beantwortet zu haben, ob ein Angeklagter zugleich als Zeuge vernommen werden kann. — Vorsitzender **Sänger** bemerkt, daß grundsätzlich die Aufgaben des Ausschusses anders seien als die des Strafrichters. Der Zeuge genieße den Schutz der Strafprozeßordnung.

Abg. **Lange-Hegermann** erklärt aussagen zu wollen, bemerkt aber, daß ein Zeuge unter solchen Umständen in Gewissenskonflikt kommen könne. Der Vorsitzende erwidert, daß ein solcher Konflikt nur entstehen könne, wenn der Zeuge über Dinge aussagen solle, die ihn selber belangten, da schütze ihn aber die Strafprozeßordnung.

Der Zeuge gibt nun eine zusammenhängende Darstellung über den Zweimillionen-Kredit. Im März 1924 teilte ich Abg. Prof. Dr. Schreiber mit, daß die Firma Burtser in Schwierigkeiten sei. Der Zeuge verhandelte dann in Berlin mit Dr. Höfle, der Sicherheiten verlangte. Der Minister hat davon gesprochen, daß er das Geld nicht flüssig habe, er müsse es erst in 14 Tagen von München kommen lassen. Von der **Pfalz** war mit keinem Wort die Rede. Auf Grund der Zusage des Ministers wurde der Kaufvertrag entworfen. Zunächst mußte das Giro besorgt werden. Daß der Zeuge zwischengeschoben werden sollte, davon war damals keine Rede. Die gebotenen Sicherheiten waren hinreichend. Im Oktober 1924 kamen dem Zeugen die ersten großen Bedenken, weil Minister Dr. Höfle noch einen Vertrag mit der Seehandlung abgeschlossen hatte. — Zeuge Staatssekretär **Schätzel** verliest das Schreiben der Abteilung München vom 26. Mai 1924 und die Antwort Lange-Hegermanns, woraus hervorgeht, daß Lange- Hegermann genau gewußt habe, daß die Gelder auch für die Pfalz verwendet werden sollten.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß an Lange-Hegermann ausdrücklich von der Post geschrieben worden sei, das Geld diene zur **Förderung von Betrieben in dem besetzten Gebiet**. Abg. **Dauch** fragt, ob der Zeuge außer zur Merkur-Bank auch noch weitere Beziehungen zu Barmat hatte. Nach den Zeitungen soll er dessen Berater gewesen sein. Abg. Lange-Hegermann erwidert, er sei im Mai nach der Wahl nach Berlin gekommen. Er wurde gebeten, an einer Aufsichtsratssitzung der Merkur-Bank teilzunehmen. Anfangs Juni war die Generalversammlung, in der mitgeteilt wurde, daß das Kapital auf zwei Millionen erhöht sei. Darauf sei er sehr stolz gewesen. Hinterher habe sich herausgestellt, daß daß das nicht wahr sei. Auf weitere Fragen teilte Abg. Lange-Hegermann, in der Besprechung mit dem Minister sei vereinbart worden, daß Schäfer in Bonn 1½ Millionen kleinere Beträge u. A. die Gewerbebank in Bottrop und die Handwerkskammer in Münster erhalten haben. Das ganze Geld, das von München kam, wurde bei der Merkur-Bank auf **separates Konto Lange-Hegermann** angelegt. Von diesem Konto ist nicht ein Pfennig zu anderen, etwa gar persönlichen Zwecken verwendet worden. Der Merker-Bank sei bekannt gewesen, daß Lange-Hegermann nur Treuhänder war, wie Zeuge sich wörtlich ausdrückt: „das bekannte dumme Luder, das die Sache in Ordnung bringt!".

Auf Befragen Dr. Pflegers erklärt Zeuge, er sei nur bei der Gründung der Merkur-Bank nicht anwesend gewesen, aber von Anfang an habe er im Aufsichtsrat gesessen. Über Barmat seien damals von den Großbanken außerordentlich gute Auskünfte gemeldet worden. Erst Ende August und Anfang September habe er von der Direktion der Merkur-Bank gehört, daß man jetzt stärker rechnen müsse. Abg. Dr. **Pfleger** fragt weiter, ob durch Lange-Hegermanns Vermittlung Gelder in die bayerische Pfalz gekommen seien. Zeuge Lange-Hegermann verneint das, ebenso die Frage ob Dr. Höfle davon gesprochen habe. Hätte er es getan, wäre es eine Lüge gewesen.

Staatssekretär Dr. **Schätzle** stellt fest, daß Lange-Hegermann bei der Bestätigung des Abschlusses des Darlehensvertrages ausdrücklich erklärt habe, er werde die **Gelder für das besetzte Gebiet verwenden**, einschließlich der **Pfalz**. — Abg. Lange-Hegermann bezieht sich demgegenüber auf seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter, doch erklärte der Vorsitzende: „Das interessiert uns nicht! Sie sollen sich ganz präzis äußern zu Ihrem Brief vom 13. Mai, in dem es heißt ‚einschließlich der Pfalz'".

Lange-Hegermann gibt darauf eine präzise Antwort. Er schiebt die ganze Verantwortung dem Minister Dr. Höfle zu. Damit ist die Vernehmung Lange-Hegermanns beendet. — Der Ausschuß tritt am Donnerstag vormittag wieder zusammen.

Politische Neuigkeiten

Die deutsch-schweizerischen Hilfsvereine an Hindenburg

Die deutschen Hilfsvereine in der Schweiz haben an den Reichspräsidenten folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet: Die aus allen Teilen der Schweiz vereinigten deutschen Hilfsvereine entbieten dem Lenker des Reiches den Ausdruck warmer Verehrung und herzliche Wünsche zur segensreichen Führung seines hohen Amtes.

Der Reichspräsident hat mit folgendem Telegramm geantwortet: „Den deutschen Hilfsvereinen in der Schweiz danke ich für Ihre freundlichen Wünsche. In aufrichtiger Anerkennung der menschenfreundlichen Arbeit und all der guten Werke tatbereiter Nächstenliebe, die sie in den Zeiten größter Not der alten Heimat erwiesen haben, übermittle ich den Vereinen und allen die in ihnen tätig sind, herzlichste Grüße."

Die Beratungen über die Zollvorlage

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstages setzte die Generaldebatte über die Zollvorlage fort. Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten sprachen sich im Prinzip gegen die geplanten **landwirtschaftlichen Zölle** aus. Zur Frage der **Industriezölle** machten Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Ausführungen über die Eisenindustrie in der Nachkriegszeit. Abg. v. **Raumer** sprach ausführlich über die Verhandlungen der deutschen Eisenerz-Industrie mit der französischen Industrie unter Zuziehung von Vertretern der eisenverarbeitenden Industrie Deutschlands. Der Redner war in den letzten Tagen anläßlich der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Paris und machte auch darüber vertrauliche Mitteilungen. Er kam zu dem Schluß, daß die Industriezölle notwendig seien, um die Zollmauern der anderen Länder mit Hilfe dieser Schutzzölle zum Abbau zu drängen.

Bedeutsame Erklärungen zum Moskauer Studentenprozeß

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig **Haas** (Karlsruhe) hat zur Vorlage in dem Studentenprozeß vor dem Obersten Gericht in Moskau folgende eidesstattliche Versicherung abgegeben, der sich Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth** angeschlossen hat: Die Angaben des Angeklagten Dittmar über den Charakter des **Studentenwerks-Berlin** und seinen angeblichen Beziehungen zu der **Organisation Consul** erscheinen mir **völlig unerfindlich**. Geradezu phantastisch erscheint mir die Behauptung, daß das Studentenwerk terroristische Akte gegen Rußland in die Wege geleitet, oder dazu mitgewirkt haben soll. Nach meiner Kenntnis ist das Studentenwerk-Berlin der örtliche Wirtschaftskörper der „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft", einer Organisati)on, die die Studentenschaft aufgebaut hat, um vor allem die Notlage der Studenten zu lindern. Ihre Tendenzen liegen daher ausschließlich in der **Fürsorge** für die Studentenschaft. Mit Politik hat meines Wissens das Studentenwerk nichts zu tun.

Die **Berliner Universität** hat in einer eidesstattlichen Erklärung ihres Rektors ebenfalls gegen die im Moskauer Studentenprozeß aufgestellte Behauptung über angebliche Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Organisation Studentenwerk-Berlin und der sogenannten Organisation Consul Verwahrung eingelegt.

Was will Österreich?

Der österreichische Minister des Äußern, **Mataja**, gab vor seiner Abreise aus Paris einem Vertreter der Agentur Havas folgende Erklärung ab: Österreich hat seine finanzielle Krisis überstanden. Es ist fest entschlossen, mit Unterstützung des Völkerbundes auch seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist bereit, mit jedem, der ihm bei der Erfüllung dieser Aufgabe helfen will, zu verhandeln. Ich sehe nicht ein, warum man für eine so klare Sache politische Ausdrucksmittel sucht, die nur den wirklichen Stand der Dinge unklar machen könnten. Einer der am meisten wiederkehrenden Ausdrücke ist **„Donau-Konföderation"**. Was will man eigentlich durch diese Formel ausdrücken? Es ist unmöglich, die Vergangenheit wieder aufleben zu lassen, sei es selbst auch unter anderen Formen. Allein durch die Bezeichnung „Donau-Konföderation" erweckt man allerhand Verdacht. Die Verwirklichung eines derartigen Projektes würde andererseits auf unüberwindlichen Widerstand stoßen. Man braucht sich nur an irgendeinen der Nachfolgestaaten zu wenden: alle, ohne Ausnahme, würden eine derartige Lösung in der formalsten Weise zurückweisen. Österreich sucht **wirtschaftliche Abkommen**, weit entfernt von jeder politischen Idee. Man kennt die Schwierigkeiten, die aus der Aufteilung der wirtschaftlichen und der Zolleinheit mit der alten Donaumonarchie entstanden sind; das sind Schwierigkeiten, die Österreich zu überwinden entschlossen ist.

Erhöhung der französischen Einkommensteuer

Die Kammer beschloß, die Einkommensteuer um 15 Proz. zu erhöhen für alle Junggesellen oder Geschiedenen, für die, die in kinderloser Ehe leben und für keine anderen Personen zu sorgen und das 30. Lebensjahr überschritten haben, wird die Steuer um 25 Proz. erhöht. Personen, die älter als 30 Jahre sind und am 1. Januar des Steuerjahres zwei Jahre verheiratet waren, deren Ehe jedoch bis dahin kinderlos geblieben ist, haben eine Steuererhöhung von 10 Proz. zu tragen.

Links-Erfolg bei den holländischen Kammerwahlen

Die Wahlen zur zweiten holländischen Kammer brachten nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen eine starke Verschiebung nach links. Die Parteien der Regierungskoalition (Römisch-katholische Staatspartei, Antirevolutionäre und Christlich-historische Partei) erhielten 236 853 Stimmen, die Linksparteien 321 321 Stimmen und die verschiedenen kleineren Parteien 65 270. Da diese Zahlen aber in der Hauptsache das Ergebnis aus den großen Städten darstellen, kann das Gesamtergebnis aus der Zahl der kleineren Bezirke noch erheblich geändert werden. Soweit bisher bekannt geworden ist, sind die Wahlen überall ruhig verlaufen.

Belgien und der Sicherheitspakt

Auf eine Frage Jaspars bezüglich der Verhandlungen über den Sicherheitspakt teilte der Minister des Äußern, Vandervelde mit, daß die belgische Regierung die deutsche, die englische und die französische Regierung unverzüglich darauf aufmerksam gemacht habe, daß Belgien an dem deutschen Memorandum vom 9. Februar nicht erwähnt worden sei. Er habe die formelle Zusicherung erhalten, daß Belgien an dem Sicherheitspakt als Gleichberechtigter mit den anderen Beteiligten teilnehmen werde, und daß die in dem Pakt vorgesehene Garantie sich auf die belgischen Grenzen mit erstrecken werde, so wie sie im Versailler Vertrag festgesetzt worden sei. Die belgische Regierung habe mehrmals im Verlaufe der Verhandlungen betont, daß sie grundsätzlich bereit sei, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen. Die Umrisse und Einzelheiten seien im Verlaufe der Besprechungen nicht genau festgelegt worden.

Ein Strafverfahren wegen Gotteslästerung. Der deutschvölkische Landtagsabgeordnete Pfarrer **Voß** hatte Ende Dezember beim Generalstaatsanwalt des Landgerichts I Berlin ein Strafverfahren wegen Gotteslästerung gegen den **„Vorwärts"** beantragt. Die Gotteslästerung wurde in einer satirischen Abbildung des Blattes erblickt. Nachdem der Generalstaatsanwalt zunächst ein Einschreiten abgelehnt hatte, wurden doch die Ermittelungen aufgenommen und ein Strafverfahren gegen die für Text und Abbildung Verantwortlichen wegen Gotteslästerung und Beleidigung der evangelischen Geistlichen eingeleitet.

Verbotene Zeitungen im besetzten Gebiet. Die Rheinlandkommission hat in ihrer Sitzung vom 29. Juni den Ausschluß folgender Zeitungen aus dem besetzten Gebiet für die Dauer eines Monats, vom 5. Juli an gerechnet angeordnet: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, Frankfurter Nachrichten, Saarbrücker Zeitung, Bayrische Staatszeitung, München, und Bayrischer Kurier, München.

Badisches Landestheater

(Abschiedsabend von Wilh. Schweppe)

Die Spielzeit eilt ihrem traurigen Ende zu, wie immer geht es dabei auch diesmal ans Abschiednehmen, ja es verschwinden mehr Namen als sonst vom Theaterzettel. Unter denen, die nicht mehr an die Stätte ihrer langjährigen Wirksamkeit zurückkehren werden, verdient **Wilhelm Schweppe** ein besonderes Nachwort. Er hat sich vorgestern mit „Hänsel und Gretel" und Leo Fall's „Brüderlein fein" verabschiedet; wiederholt starken Beifall und schöne Blumenspenden bewiesen ihm wohl, daß viele Theaterfreunde seine Arbeit hier zu schätzen wußten und ihm herzlichen Dank dafür sagten. Aber wer etwa nur die Tätigkeit Wilhelm Schweppes am Dirigentenpult dabei im Auge hat, übersieht die unendlich wertvollere und wichtigere Arbeit, die dieser tüchtige Kapellmeister als Solorepetitor zugleich hinter den Kulissen geleistet hat, unermüdlich, pflichtbewußt und auch dort stets bereit, durch exakte Einstudierung dem Kunstwerk sowohl wie dem Institut zu dienen.

Wir haben an unserer Landesbühne in den letzten Jahren leider nicht viele solch ehrlich und redlich strebender Künstler gehabt, aber gerade deshalb war Schweppe's Wirken umso erfreulicher und notwendiger, denn oft genug ruhte die ganze Arbeitslast der Oper einzig und allein auf seinen Schultern.

Wilhelm Schweppe geht von hier als I. Kapellmeister nach Oldenburg, er wird dort ein Arbeitsfeld vorfinden, wo er auch seine künstlerische Persönlichkeit stärker durchsetzen und Einfluß auf die Gestaltung des Spielplans gewinnen kann. Hier war Schweppe sozusagen das Mädchen für alles, gewiß eine mitunter nicht sehr beneidenswerte Position, aber doch eine im Interesse des Landestheaters unerläßliche Stellung, die er restlos ausgefüllt hat. Ihm dafür vor aller Öffentlichkeit Dank zu sagen ist eine schöne Verpflichtung auch der Kritik, sie erfüllt sie gerne und verbindet damit den Wunsch, Wilhelm Schweppe möge an seiner neuen Wirkungsstätte der Kunst die gleiche Treue bewahren und für seine selbstlose Aufopferung den Lohn ernten, der seiner verantwortungsvollen Vermittlertätigkeit unbedingt gebührt!

H. Sch.

Konzert der Wiener Philharmoniker in Mannheim

An der Landeshauptstadt vorbei führte die große Tournee durch Deutschland und insbesondere das Rheinland die **Wiener Philharmoniker** (das prachtvolle Orchester der Wiener Staatsoper) von Baden-Baden gleich nach **Mannheim**. Das großangelegte Konzert im Nibelungensaal des Rosengartens unter der Leitung von Generalmusikdirektor **Erich Kleiber** (Staatsoper Berlin) erhielt aber dadurch festliche und überlokale Bedeutung, daß die Wiener Gäste auch offiziell von der badischen Regierung — u. a. waren Staatspräsident Prof. Dr. **Hellpach** und Minister **Remmele** erschienen — begrüßt wurden und daß Oberbürgermeister Dr. **Kutzer** nochmals kurz vor Beginn des Konzertes in dem annährend von 5000 Personen besuchten Nibelungensaal herzliche Worte des Willkommens an die erlesenen Künstlerschar richtete. Auch bei einem gemütlichen Zusammensein nach Schluß des Konzerts kam wiederholt der Gedanke zum Ausdruck, daß man diesmal die Wiener **Musiker** nicht nur als die hervorragenden Vermittler einer spezifisch österreichischen Orchesterkunst begeistert empfing, sondern in ihnen zugleich die deutschen Brüder feierte, deren berufliche und künstlerische Tätigkeit aufs Engste Rhein und Donau verbindet und das Symbol der kulturellen Einheit und politischen Zusammengehörigkeit machtvoll verkörpert.

Schon das Programm war nach diesen Gesichtspunkten aufgestellt, denn es brachte ausschließlich Wiener Musik, klassische Sinfonik Schuberts und Beethovens im ersten Teil, Wiener Tanzmusik im zweiten, ausklingend mit der schönen blauen Donau von Johann Strauß, dessen Walzerweisen echteste Wiener Volksmelodien bergen und zumal in solch authentischer Ausführung ihre prickelnde Wirkung nicht verfehlen. Im Einzelnen kritische Bemerkungen über den Verlauf des Konzerts hier anzufügen liegt kein Anlaß vor, auf die sonst so begehrten papiernen Prädikate können zum Glück diese ausgezeichneten Musiker verzichten. Die unerreichten Vorzüge ihres satten homogenen Streicherklangs trafen bezaubernd das Ohr, obwohl der Mannheimer Riesenraum dafür eigentlich (z. B. in Schuberts Unvollendeter) recht ungünstig schien, Beethovens Siebente steigerte sich zu magischer Wirksamkeit, obwohl Erich Kleiber seiner enthusiastische Gefolgschaft bisweilen hart an die Grenzen des präzis Darstellbaren führte. Selbst vier kleine, von H. Riemann erst 1906 aufgefundene Walzer Beethovens hatten freundlichen Erfolg, trotzdem dahinter nur wenig von einem Vollblut-Österreicher steckt. Dagegen leuchtete aus den ebenso feinsinnig differenzierten wie geistvoll distanzierten sechs deutschen Tänzen umso kräftiger die Sonne Mozarts, jenes deutsche Österreichertum, das auch den Straußwalzern ihren „seelischen" Wert aufdrückt und bei aller wirbelnden Eleganz eben doch germanisches Erbgut ist. Die faszinierend künstlerische Atmosphäre des Abends, gepaart mit blutsverwandtschaftlichen Gefühlen, entfesselte Stürme der Begeisterung, die noch minutenlang nachzitterten, nachdem Dirigent und Orchester ihrerseits wiederholt für den demonstrativen Beifall gedankt hatten.

H. Sch.

Badischens Landestheater. Als letzte Schauspielvorstellung dieses Spieljahrs geht am Samstag, den 4. Juli, der dreiaktige Schwank „Das Stiftungsfest" zur Erinnerung an den 100. Geburtstag seines Verfassers, Gustav von Moser, in Szene, eines der beliebtesten und erfolgreichsten Bühnenschriftsteller des letzten Drittels des vorigen Jahrhunderts. Zu denjenigen Stücken des überaus fruchtbaren Autors, die den Wechsel der Zeiten überdauerten und gelegentlich heute noch im leichten Unterhaltungsspielplan der Bühnen neben den modernen Erzeugnissen ihres Genres erscheinen, gehört auch „Das Stiftungsfest". Es wurde im Jahre 1909 hier zuletzt aufgeführt. In der von **Fritz Herz** geleiteten Neueinstudierung wirken die Damen Clement, Noorman, Vollner und die Herren Dahlen, Groß, Herz, Höcker, Kloeble und Müller in Hauptrollen mit. Beginn der Vorstellung: halb acht Uhr. Da der Kasier der Vorverkaufsstelle Darmstädter- und Nationalbank erkrankt ist, bleibt diese für die wenigen Tage der alten Spielzeit geschlossen.

Zur Schweizer Kunstausstellung. Der Baseler Regierungsrat hat auf den Bericht des Erziehungsdepartement die Kunstkommission ermächtigt, der Leitung der Badischen Kunsthalle Karlsruhe für die dort stattfindende Kunstausstellung, worüber bereits berichtet wurde, eine größere Anzahl von Kunstwerken leihweise zur Verfügung zu stellen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ergebnisse der Reichs- und Landtagswahlen in Baden

seit dem Jahre 1920

nach Landtagswahlkreisen auf Grund der neuen Verwaltungseinteilung.

(Nach einer Zusammenstellung des Bad. Statistischen Landesamtes.)

Wahlkreise und Wahlen	Wahlberechtigte: Nach den Wählerlisten	Wahlberechtigte: Abgegebene Stimmscheine	Abstimmende (Stimmen): Ungültige	Abstimmende (Stimmen): Gültige	Von je 100 Wahlberechtigten haben abgestimmt	Von den gültigen Stimmen fielen auf die Kreiswahlvorschläge*): Soz.-sog. Block (Rat.-sog. Freiheitsbewegung)	Deutschvölkische Reichspartei	Deutschnationale Volkspartei	Deutsche Volkspartei	Deutsche Zentrumspartei	Deutsche demokratische Partei	Republikanische Partei	Sozialdemokratische Partei	Unabhängige sozialdemokr. Partei	Kommunistische Partei	Badischer Landbund	Wirtschaftliche Vereinigung
III. Landtagswahlkreis																	
Reichstagswahl am 6. Juni 1920	156 247	1 635	597	114 794	73,1	—	—	12 452	11 613	54 973	10 188	—	17 252	5 912	2 404	—	—
Landtagswahl am 30. Okt. 1921	155 504	995	527	109 893	70,6	—	—	7 429	6 282	50 612	6 434	—	18 664	1 522	2 282	13 863	2 805
Reichstagswahl am 4. Mai 1924	164 918	1993	1075	111 125	67,2	3 458	—	7 846	7 818	49 200	7 621	329	12 610	711	7 719	9 838	3 290
Reichstagswahl am 7. Dez. 1924	164 960	2009	1322	115 284	69,8	1 215	246	8 118	8 843	50 371	10 383	—	18 595	905	4 103	8 374	3 349
IV. Landtagswahlkreis																	
Reichstagswahl am 6. Juni 1920	221 148	2224	691	152 027	68,4	—	—	13 348	5 568	77 253	19 175	—	21 865	13 924	894	—	—
Landtagswahl am 30. Okt. 1921	226 540	1010	884	145 922	64,5	—	—	6 091	5 496	77 978	10 208	—	22 821	3 728	3 248	14 781	1 571
Reichstagswahl am 4. Mai 1924	233 845	2086	2 301	148 348	63,9	4 287	—	7 116	9 797	71 073	11 908	170	16 571	914	11 047	11 523	2 997
Reichstagswahl am 7. Dez. 1924	239 728	1368	2 471	155 279	65,4	1 701	260	8 634	13 276	76 290	12 979	—	23 365	1 003	6 831	8 112	2 196
V. Landtagswahlkreis																	
Reichstagswahl am 6. Juni 1920	271 323	1169	791	197 687	72,8	—	—	35 960	12 630	42 336	25 122	—	51 252	26 979	3 408	—	—
Landtagswahl am 30. Okt. 1921	272 288	1034	1163	191 662	70,6	—	—	30 996	14 769	45 638	17 330	—	58 138	6 287	9 432	6 036	3 036
Reichstagswahl am 4. Mai 1924	296 088	2132	2265	214 263	72,6	13 776	—	30 878	25 295	47 235	14 990	252	44 086	1 288	20 290	9 300	5 057
Reichstagswahl am 7. Dez. 1924	304 372	2640	2661	220 078	72,6	4 737	1 273	33 196	32 848	47 505	17 040	—	55 695	1 303	14 411	7 342	3 942

*) Die kleinen Gruppen wie: Gensenbund, Haeußerbund, Aufwertungspartei, Freiwirtschaftsbund konnten aus Raumgründen nicht berücksichtigt werden.

Badischer Teil

29. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer

Zu Beginn der Mittwochsitzung wurden die neu zugewählten Mitglieder vom Alterspräsidenten Ziegelmaier herzlich begrüßt. Eingegangen ist die Mitteilung, da sich die dem **Landbund** und **Genossenschaftsverband** nahestehenden 21 Mitglieder (einschließlich **Arbeitnehmer**) zu einer **Gruppe „Badischer landwirtschaftlicher Hauptverband" zusammengeschlossen** haben.

Einstimmige Annahme findet ein **Antrag** Dr. Aengenheister, wonach sich der Vorstand der Kammer aus mindestens 7 Mitgliedern bezw. Stellvertretern zusammen setzen soll (bisher hieß es schlankweg 7).

Es folgt nunmehr

die Wahl des neuen Vorstandes.

Namens des Bad. Waldbesitzerverbandes schlägt Abg. Duffner den Grafen Douglas als ersten Vorsitzenden der Kammer vor. Staatsrat Weißhaupt-Pfullendorf sieht in dem Grafen Douglas eine neutrale Persönlichkeit, dessen Wahl auch der Badische Bauernverein zustimmen könne. Eine gleiche Erklärung gibt der Vertreter des Landw. Vereins ab.

Generaldirektor **Schön** wendet sich gegen den Vorschlag. Man habe den Wahlkampf unter dem Schlagwort geführt, „Hinaus mit der Politik aus der Landwirtschaftskammer" und dabei die Parole verfochten „Für oder gegen den Präsidenten Gebhard!" Nun sei an Stelle der Politik die Gewalt gesetzt worden. Denn die gestrige Zuwahl von 12 Mitgliedern entspringe nicht dem Willen zu Versicherung und Toleranz, sondern sei ein Akt der Gewalt. Man habe verdiente seitherige Mitglieder beiseite geschoben und „waschechte Neutrale" in die Kammer gewählt. Was jetzt geschehe, sei ein Skandal. Unter der Parole „unparteiischer Präsident" gehe man dazu über, zweitstärkste Gruppe die ihr gebührende Rolle im Präsidium vorzuenthalten. Man wolle ihr von 9 Sitzen nur 2 zubilligen und die 6 Arbeitnehmer überhaupt nicht zu Worte kommen lassen.

Bei der Abstimmung wird der **Graf Douglas** mit 31 Stimmen zum **Vorsitzenden** gewählt. 24 Mitglieder des Hauptverbandes gaben weiße Zettel ab. Die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden fällt mit 29 Stimmen auf Staatsrat **Weißhaupt-Pfullendorf**. Wiederum wurden 24 weiße Zettel abgegeben. Der seitherige Präsident Gebhard erhielt eine Stimme.

Dr. Graf **Douglas** übernimmt sein Amt mit der Versicherung, daß er seine ganze Energie und Kraft einsetzen werde, um das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Er fühle sich nunmehr als Vertreter aller Gruppen. Seine erste Pflicht bestehe im Dank gegen die Männer, die in der alten Kammer große und wertvolle Arbeit geleistet hätten. Dem scheidenden Präsidenten Gebhard müsse man das Zeugnis ausstellen, daß er immer nur das Beste gewollt und seine ganze Person für das Wohl der Kammer eingesetzt habe. Möge das Zusammenarbeiten auch im neuen Vorstand ein gutes sein und sich die Beamtenschaft weiterhin von dem bisherigen hohen Geiste getragen wissen. Auch mit der **Regierung** wollen wir in sachlicher Arbeit ersprießlich zusammenwirken. Nach einem Hinweis auf die für manchen verzweifelte Lage der Landwirtschaft schloß der neue Präsident mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf die Zukunft. Er glaubt, daß die zähe Kraft des Bauern doch siegen und der Landwirtschaft gleich wie der badischen Heimat glückliche Zeiten beschieden sein werden (Beifall).

Der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter geht eine längere, teilweise sehr erregte Debatte voraus. Abg. **Klaiber** beschwert sich darüber, daß man den 6 Arbeitnehmern seiner Gruppe keine Vertretung im Vorstand einräumen wolle, und spricht von Vergewaltigung. Mitglied **Soll** (Arbeitnehmer) ist dafür, daß zwei gewerkschaftliche Vertreter gewählt würden, die auch Verbindung mit den Arbeitnehmern hätten. Frhr. v. **Stotzingen** bemerkte, die Person des neuen Präsidenten widerspreche der Legendenbildung, als ob man die Gegenseite vergewaltigen wolle. Der Redner betonte im Übrigen die Unabhängigkeit des Bauernvereins vom Zentrum. Abg. **Duffner** bemängelt den vom Abg. Klaiber in einem Zwischenruf angeschlagenen Ton. Abg. **Gebhard** erklärt: Wir betteln nicht, wir fordern nur unser Recht und protestieren gegen die Gewalt. Abg. Klaiber hält daran fest, daß der Bauernverein eine Filiale des Zentrums sei. Nach weiteren, von lebhaften Zwischenrufen begleiteten Auseinandersetzungen tritt eine kurze Pause ein, damit sich die Gruppen besprechen können.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung begründete Mitglied Strobel auch seinerseits den Standpunkt, daß die Vertreter der beiden Arbeitnehmerorganisationen Sitz und Stimme im Vorstand erhalten sollen. Mitglied Ball beansprucht einen Vertreter für den Gemüsebau. Es wird sodann zur Wahl der Arbeitgeber geschritten. Die Mitglieder Gebhard und Seitz vom Hauptverband, sowie Frhr. v. Stotzingen und Schill vom Bauernverein werden einstimmig in den Vorstand berufen. Für die Arbeitnehmer treten ein die Gewerkschaftler Strobel und Soll, die 29 Stimmen auf sich vereinigten. Ohne Schwierigkeit vollzieht sich die Wahl der Stellvertreter. Als 9. Vorstandsmitglied fungiert kraft Vertrages Präsident Wachs vom Landw. Verein.

Geraume Zeit beansprucht die jetzt folgende **Wahl der Ausschüsse** und Kammervertreter bei anderen Körperschaften. In den **Deutschen Landwirtschaftsrat** werden berufen Graf Douglas mit 36 Stimmen, Klaiber mit 42 Stimmen. Da für Weißhaupt-Pfullendorf, Dr. Aengenheister-Freiburg und Gebhard-Eppingen der 1. Wahlgang je 30 Stimmen ergibt, ist Stichwahl erforderlich. Hierbei werden Dr. Aengenheister und Weißhaupt-Pfullendorf mit 30 bezw. 29 Stimmen gewählt, während Gebhard mit 28 Stimmen unterliegt. Stellvertreter sind Direktor Dr. Müller (für Graf Douglas), Schön (für Klaiber), Präsident Wachs (für Dr. Aengenheister) und Frhr. von Stotzingen (für Weißhaupt). Um ½1 Uhr trat Mittagspause ein. In der Zwischenzeit tagte erstmals der Vorstand.

In der **Nachmittagssitzung** wurde zunächst über die **Zusammensetzung** des Ausschusses ein Beschluß gefaßt, worüber unter den Gruppen keine Einigung erzielt werden konnte. Die vorliegende Liste für den Ausschuß I wurde mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen bei 2 Stimmenthaltungen (Dr. Mattes und Dr. Pfefferkorn). Die Gruppe des landwirtschaftl. Hauptverbandes **verließ** darauf zum Zeichen des Protestes **geschlossen den Saal.**

Im weiteren Verlaufe der Sitzung unterbreitete Präsident Graf Douglas namens des Vorstandes verschiedene **Anträge**, die ohne Aussprache einstimmige Annahme fanden. Es wird darin auf die katastrophale Notlage der Landwirtschaft hingewiesen und an die Reichs- und Landesregierung das Ersuchen gerichtet, sofort Maßnahmen zur Steuererleichterung für Verlustbetriebe zu treffen. Ferner sollen unter Mitwirkung des Staates langfristige **Kredite** zu einem 3% nicht übersteigenden Zinsfuß alsbald in ausreichender Weise zur Verfügung gestellt werden. In einem zweiten Antrag werden die badische Regierung und die badischen Reichstagsmitglieder ersucht, unter Hinweis auf die Wirtschaftsergebnisse badischer Landwirtschaftsbetriebe im Jahre 1924 für den vom Deutschen Landwirtschaftsrat verlangten **land- und forstwirtschaftlichen Zollschutz** eindringlichst einzutreten. In einer dritten Entschließung spricht die Vollversammlung der L. K. die Erwartung aus, daß durch sofortige Verhandlungen mit Spanien und allenfalls durch Kündigung des **spanischen Handelsabkommens** seitens der Reichsregierung dafür gesorgt wird, daß die neue spanische Weinernte nicht mehr zu den jetzigen ruinösen Zollsätzen nach Deutschland eingeführt werden kann, sondern dem deutschen Weinbau der verlangte und dringend notwendige Zollschutz raschestens gewährt wird. Die Vollversammlung stellt dann unter Hinweis auf die gefährliche Notlage des heimischen **Tabakbaues** an den Reichstag das Ersuchen, den Zollsatz für Tabak von 130 Mk. sofort wiederherzustellen.

Schließlich setzt sich die Vollversammlung für eine bedeutende Erhöhung des **Staatszuschusses** an die Landwirtschaftskammer und alsbaldige Bereitstellung besonderer Staatsmittel für die Errichtung eines Pflanzenbauinstituts ein.

Auf eine Anfrage des Mitglieds Schönenberger äußerte sich Ministerialrat **Rein** über die derzeitige Rechtslage für die Vieheinfuhr. Darnach ist auf Grund eines Abkommens mit Österreich die **Einfuhr von Schlachtvieh** aus Österreich unter der Bedingung gestattet, daß für die einzelnen Stücke ein dreimonatiger Aufenthalt dortselbst nachgewiesen wird. Nutz- und Zuchtvieh darf nicht eingeführt werden.

Da aus dem Hause weitere Wünsche nicht geäußert wurden, erklärte der Präsident gegen ¾4 Uhr die Verhandlungen der 29. Vollversammlung für beendet.

Gartenbaukurs für Fortbildungsschullehrerinnen

In der Zeit vom **27. Juli bis 1. August 1925** findet an der Landwirtschaftsschule Augustenberg ein Gartenbaukurs für Fortbildungsschullehrerinnen statt.

Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum 10. Juli bei dem Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Zugelassen können nur solche im Fortbildungsschuldienst stehenden Lehrerinnen werden, die an ihrem Wirkungsorte einen Schulgarten haben oder bis zum neuen Schuljahre einen solchen erhalten.

Zweite Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten

In der Zeit vom 29. bis 31. Juli 1925 findet in Karlsruhe eine zweite Prüfung der Handarbeitslehrerinnen statt. Anmeldungen mit Zeugnissen und sonstigen Nachweisen sind bis **spätestens 15. Juli** beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Die Teilnahme von Schülern an Vereinen

Der **Minister des Kultus und Unterrichts** hat an die Schulbehörden und Lehrer der Volksschulen, wie wir dem Amtsblatt des Ministeriums entnehmen, folgenden Erlaß gerichtet:

„Es sind mehrfach Klagen darüber laut geworden, daß **volksschulpflichtige Kinder** durch die Teilnahme an **Vereinsveranstaltungen** teilweise bis in die späten Abendstunden vom Elternhaus ferngehalten worden sind.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 12. Januar 1921 über die Teilnahme von Schülern an Vereinen, ersuche ich die Schulbehörden und Lehrer, darauf zu achten, daß Schüler unter 12 Jahren nach 8 Uhr abends zu den Übungen in den Vereinen nicht herangezogen werden. Es wird sich weiterhin empfehlen, im Rahmen der Elternabende die Elternschaft darüber zu belehren, daß die Teilnahme der schulpflichtigen Jugend an abendlichen Feiern und Festlichkeiten nicht im Sinne einer erfolgversprechenden Erziehung liegen kann."

Der Deutsche Bankbeamtenverein beim Staatspräsidenten Dr. Hellpach

Am Mittwoch, den 1. Juli empfing der badische Staatspräsident Vertreter des Deutschen Bankbeamten-Vereins, Gau Württemberg-Baden. Der Gauvorsteher Jeuck-Stuttgart schilderte kurz die furchtbare Notlage der badischen Bankangestellten hinsichtlich Arbeitszeit, untertariflicher Bezahlung, Anfangsentschädigung usw. Ferner wies er auf das „unsoziale Verhalten" der Bankleitungen beim Abbau hin, das sich besonders kraß in Baden auswirke. Der Staatspräsident brachte den Ausführungen großes Interesse entgegen und erklärte sich am Schlusse der Besprechung bereit, die ihm von dem B. B. V. vorgetragenen Wünsche und Anträge dem Staatsministerium zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Die Arbeits- und Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet

DZ. **Kehl**, 1. Juli. Bürgermeister Dr. **Kraus** hatte Vertreter von Handel und Industrie, des Gewerkschaftskartells, sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenberufen, um mit ihnen gemeinsam die Lage im besetzten Gebiet zu erörtern. Er begann mit der Feststellung, daß man in maßgebenden Kreisen über diese Lage nicht genügend unterrichtet sei. Die Arbeits- und Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet sei geradezu als anormal zu bezeichnen.

Regierungsrat **Dietrich** vom Ministerium des Innern, der sich hier in zweitägigem Studium mit dem zu behandelnden Gebiet befaßt hat, wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die neuesten Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge vielfach Unruhe hervorgerufen haben, doch sei dazu kein Anlaß. Die Verhältnisse in Kehl seien als ungünstig zu bezeichnen. Die Zahl der Erwerbslosen sei an sich sehr hoch (592 im Bezirk, davon 238 allein in der Stadt Kehl). Man erkenne die Notlage im besetzten Gebiet an und sei bereit, bezüglich der Notstandsarbeiten einzugreifen und die gesetzlichen Bestimmungen loyal zur Anwendung zu bringen.

In der sich anschließenden **Besprechung** wurden dem Regierungsvertreter folgende Anregungen gegeben: Die Wasser- und Straßenbauverwaltung solle ihren Schotterbedarf von der hiesigen Kiesverwaltungsgesellschaft beziehen, die wegen Mangels an Absatz morgen die **Rheinkiesgewinnung** einstelle. Das Material aus dem Rhein sei viel besser als das andere Schottermaterial. Dadurch könnten 50—60 ungelernte Arbeiter beschäftigt werden. Die **Ausbaggerung des Hafens**, die schon lange versprochen wurde, ist jetzt dringend geworden. Die von Mannheim und Karlsruhe kommenden Schiffe haben einen größeren Tiefgang, als daß der Hafen sie aufnehmen könne. Wenn der Staat die Arbeit nicht selbst übernehmen könne, weil ihm die nötigen Apparate fehlen, so möge er sie an Private vergeben. Die **Kinzigverlegung** und der dringend nötige Bau eines **Grenzzollbahnhofes** würden mit einem Schlag die Arbeitslosen in Kehl und im Bezirk verschwinden lassen. Angeregt wurde auch, daß die Reichsbahn ihre Briketts aus den Fabriken des besetzten Gebietes beziehe. Die hiesige Brikettfabrik Strohmeyer & Co. habe früher in drei Schichten gearbeitet, heute arbeite sie wegen Arbeitsmangels nur noch in einer Schicht. Weitere Entlassungen und eine Stillegung seien nicht ausgeschlossen. Wenn die Bahn aber Briketts beziehe, so könnte wieder in drei Schichten gearbeitet werden und 30—40 Arbeiter eingestellt werden. Auch auf den schematischen Abbau bei der Reichsbahn wurde hingewiesen, und das Verhalten in der Frachtfrage Kehl bis Mitte Rheinbrücke herausgestellt. Der Frachtsatz von 10 M. pro 10 Tonnen mache die hiesige Industrie konkurrenzunfähig. Es wurde von verschiedenen Seiten unterstrichen, wie schwer es sei, mit der Reichsbahn zu unterhandeln und wie wenig Entgegenkommen sie zeige. Von industrieller Seite wurde noch betont, daß eine Besserung erst dann zu erwarten sei, wenn der Verkehr von und nach Straßburg wieder in Gang

komme. Gegenwärtig sei der Handel mit Frankreich, von den paar Wagen Gemüse abgesehen, gleich Null.

Bürgermeister Kraus gab in seinem Schlußwort der Hoffnung Ausdruck, daß auf das Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums wegen Zuwendung von Staatsarbeiten an das besetzte Gebiet auch für Kehl etwas herauskommen möge.

Aus der Landeshauptstadt

Reisen nach Bulgarien. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Bei der gespannten innerpolitischen Lage in Bulgarien ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Bewegungsfreiheit bei Reisen im Lande noch auf Monate hinaus mancherlei Einschränkungen unterliegen wird und daß alle Touristen unliebsamen Zwischenfällen ausgesetzt sind. Es wäre deshalb sehr zu empfehlen, wenn Reisen, die von Studenten, Wandervögeln usw. geplant sind, für dieses Jahr unterblieben.

Zur Frage der Wiedereinführung der Kilometerhefte schreibt der Badische Verkehrsverband: Von den verschiedenen Seiten, zuletzt vom Badischen Verkehrsverband, ist bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beantragt worden, Kilometerhefte in ähnlicher Form, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, wieder einzuführen. Nach dem Wunsche der Antragsteller soll bei der Ausgabe dieser Kilometerhefte der normale Tarif angewendet werden und als Mindestvergünstigung die zuschlagsfreie Benutzung der Schnellzüge und die Erstattung von 10 Proz. des Fahrpreises bei Rückgabe des benutzten Kilometerheftes gewährt werden. Wie wir dazu von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erfahren, nimmt man an dieser Stelle keine ablehnende Haltung den Anträgen gegenüber ein. Vielmehr sind die amtl. Stellen damit beschäftigt, eine Untersuchung anzustellen, ob gewisse Rabatte eingeräumt werden können bei häufigeren Reisen oder bei gelegentlichen Reisen über längere Strecken. Diese Prüfung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis eine Entscheidung gefällt werden kann.

Wiener Operette im städt. Konzerhaus. Heute, Donnerstag, den 2. Juli, findet die erste Wiederholung der großen Erfolgsoperette „Das Weib in Purpur" statt. Morgen, Freitag, den 3. Juli gelangt zum erstenmale die gemütlich-komische altwiener Operette „Hanni geht tanzen" von Robert Bodanzky, Musik von Ed. ` d Eysler zur Aufführung. Edmund Eysler ist der bodenständigste aller österreichischen Komponisten. Sein ursaftiges Wienertum kommt in seinen Melodien, die durchweg Wiener Volkscharakter tragen, voll zum Ausdruck. Sein letztes Werk „Hanni geht tanzen" erzielte in Wien etwa 500 en, suite-Aufführungen und ist Repertoiresstück aller großen Operettentheater.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte vom 2. Juli, morgens 8 Uhr. Unter Hochdruckeinfluß hält das heitere Sommerwetter an. Die gestrigen Nachmittagstemperaturen stiegen in der Rheinebene auf 26 Grad, im Hochschwarzwald auf 14 Grad. Das Zentrum des hohen Druckes hat sich nordwärts entfernt und liegt über Nordskandinavien. Über Mittel- und Westeuropa bilden sich jetzt durch die Erwärmung des Festlandes kleine Druckstörungen, die morgen Anlaß zu Gewitterbildungen im Lande geben dürften. Vorhersage: Zeitweise heiter, sehr warm, in vielen Gegenden Wärmegewitter.

Über den Tabakbau 1925 erläßt das Hauptzollamt im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer der „Karlsr. Zeitung" eine Bekanntmachung, auf die besonders hingewiesen sei.

Kurze Nachrichten aus Baden

WTB. **Lörrach**, 1. Juli. Zwischen Brombach und Steinen ereignete sich heute auf der Wiesentalstraße an einer etwas unübersichtlichen Kurve ein **schweres Motorradunglück.** Zwei Motorradfahrer stießen mit solcher Wucht zusammen, daß beide heruntergeschleudert und die Maschinen schwer beschädigt wurden. Der eine der Fahrer, der 24 Jahre alte Schlosser Eugen Maurer aus Maulburg war sofort tot, der andere, der Lörracher Bildhauer Schwarzwäler wurde schwer, jedoch anscheinend nicht lebensgefährlich verletzt.

DZ. **Wolterdingen** (Amt Donaueschingen), 2. Juli. Dieser Tage waren es gerade **400 Jahre**, daß Wolterdingen von den Villingern niedergebrannt wurde. Es war im Bauernkrieg am 26. Juni 1525. Die aufständischen Bauern der Baar unter Hans Müllers Führung, denen sich auch die Bräunlinger, die anfangs nicht mitmachten, anschließen mußten, hatten den Villinger Ort Grüningen geplündert. An die feste Stadt Villingen getrauten sie sich jedoch nicht heran. Die Villinger nahmen für Grüningen Rache, indem sie das gleichfalls aufständische Dorf Wolterdingen vollständig niederbrannten.

DZ. **Villingen**, 1. Juli. Von dem **Zollkrieg mit Polen** wird voraussichtlich auch ein Teil der hiesigen Industrie schwer betroffen, da sowohl Uhren-, wie auch besonders Taxameterlieferungen in größerem Umfang mit polnischen Firmen abgeschlossen sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Juli		1. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.02	168.44	168.04	168.46
Kopenhagen 100 Kr.	86.19	86.41	84.26	84.48
Italien . . 100 L.	14.08	14.12	14.21	14.25
London . 1 Pfd.	20.388	20.908	20.394	20.446
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	19.09	19.13	18.79	18.83
Schweiz . 100 Fr.	81.44	81.64	81.46	81.66
Wien 100 Schilling	59.054	59.194	59.054	59.194
Prag . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

Karlsruher Börse, 1. Juli. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Nach der vorübergehenden Abflauung der Vortage ist der Markt heute etwas erholt. Die Unsicherheit in der Zollfrage läßt aber nennenswerte Geschäfte nicht zu. Weizen handelsüblich 25—25,5 Roggen, gesund, handelsüblich 21,75—22,5, Sommergerste ohne Angebot. Sommergerste je nach Qualität (ausl.) 29—31.—, Hafer 21,5—22.—, Mais mit Sack 22,75—23,5 Weizenmehl Mühlenforderung 36—36,25, Roggenmehl Mühlenforderung 29,5—30.—, Roggenfuttermehl 14,5—14,75, Weizenfuttermehl 14,75—15.—, Roggenkleie 12,5, Weizenkleie 12—12,5, Spezialfabrikate entsprechend teuerer. Biertreber 16—16,5, Malzkeime 15—15,5, Speisekartoffel, gelbfleischige 8—9.—, rote 6—6,2. **Rauhfuttermittel:** Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken neue Ernte 7—7,5, Luzerne neue Ernte 9,5—10.—, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 5—5,5, alles per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe, bezw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. **Weine und Spirituosen:** Die Börse verkehrte in lustloser Haltung. **Kolonialwaren:** Kaffe, Kakao und Tee im Preise ziemlich unverändert. Burmareis 0,39, Graupen 0,42, gelbe gespaltene Erbsen 0,35, weiße Perlbohnen 0,38, Linsen mittel 0,60, Schweinefett 1,95, Salatöl 1,20, Kristallzucker 0,73 alles per Kilo.

Zeitschriftenschau

Das neue Heft (Nr. 26) des „Roland" ist erschienen! Wiederum in bekannter eigener Form und Deutung aktueller Zeitprobleme auf dem Untergrunde buntester Mannigfaltigkeit. Der Frankfurter Dichter Alfons **Paquet** nimmt die Tausendjahrfeier der Rheinlande zum Vorwurf eines Artikels „Der Rhein", der in visionhafter Bildhaftigkeit dieses Problem behandelt. Franz **Blei** erzählt „Erinnerungen an Max Dauthendey". Graf **Coudenhove-Kalergi** wird über seine paneuropäischen Bestrebungen interviewt. Walter Schrenk setzt sich mit dem „Feuerwerker" der heutigen Musik, Strawinsky auseinander. Eine geschmackvoll gewählte illustrative Ausstattung belebt den Text. Ursula von Witz' (nomen est omen!) Novelle „Heikle Situationen" tänzelt graziös auf dem Drahtseil pikanter Ironie. (Verlag Dr. Eipler &Co. Berlin).

Staatsanzeiger

Apotheke in Neuenburg, Amt Müllheim.

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Neuenburg, Amt Müllheim, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche sind mit den erforderlichen Nachweisen binnen 4 Wochen schriftlich hierher einzureichen.

Dem Gesuch sind beizufügen (geheftet):

1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse;
2. Geburtszeugnis;
3. Staatsangehörigkeitsausweis;
4. Approbationsurkunde;
5. Zeugnisse über den etwa geleisteten Militärdienst;
6. Amtlich bestätigte Zeugnisse über die bisherige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung in Urschrift oder amtlich beglaubigter Abschrift;
7. Polizeiliche Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchem der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war;
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung;
9. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.

Karlsruhe, den 26. Juni 1925.

Der Minister des Innern
J.-V. Leers

Sofienapotheke in Karlsruhe.

Die Berechtigung zum Betrieb der Sofienapotheke in Karlsruhe wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche sind mit den erforderlichen Nachweisen binnen 4 Wochen schriftlich hierher einzureichen.

Dem Gesuch sind beizufügen (geheftet):

1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse;
2. Geburtszeugnis;
3. Staatsangehörigkeitsausweis;
4. Approbationsurkunde;
5. Zeugnisse über den etwa geleisteten Militärdienst;
6. Amtlich bestätigte Zeugnisse über die bisherige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung in Urschrift oder amtlich beglaubigter Abschrift;
7. Polizeiliche Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchem der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war;
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung;
9. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.

Karlsruhe, den 26. Juni 1925.

Der Minister des Innern
J.-V. Leers

Bekanntmachung.

Den Tabakanbau im Erntejahr 1925 betr.

Nach § 21 des Tabaksteuergesetzes haben die Tabakpflanzer, welche Tabak für eigene Rechnung pflanzen oder pflanzen lassen, dem Bürgermeisteramt des Orts, zu dem das angepflanzte Grundstück gehört, bis zum Ablauf des 15. Juli die mit Tabak bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe schriftlich anzumelden, also auch kleine Anpflanzungen in Gärten und dergleichen.

Die erst nach dem 15. Juli bepflanzten Grundstücke sind vom Pflanzer spätestens am 3. Tage nach dem Beginn der Bepflanzung anzumelden.

Von jeder Veränderung in der Person des Inhabers des Grundstücks ist dem Hauptzollamt Karlsruhe binnen 3 Tagen eine schriftliche Anzeige von dem neuen Inhaber und im Falle der freiwilligen Veräußerung auch von dem bisherigen Inhaber zu machen.

Karlsruhe, den 1. Juli 1925. B.88

Hauptzollamt.

Gesuch des Lorenz Horzel, Schmiedmeister in Karlsruhe-Daxlanden, Federbachstraße 31, um gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Aufstellung eines „Albina"-Federkrafthammers betr.

Lorenz Horzel, Schmiedmeister in Karlsruhe-Daxlanden, Federbachstraße 31, beabsichtigt einen „Albina" Federkrafthammer mit 50 Kg. Bärgewicht aufzustellen.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis und fordern die Beteiligten auf, etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen bei dem Bezirksamt — Polizeidirektion B — oder dem Stadtrat Karlsruhe binnen zwei Wochen vom Ablauf des Tages an vorzubringen, an welchem das diese Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben wird, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als versäumt gelten. Beschreibung und Pläne des Unternehmens liegen während der Einsprachefrist zur Einsicht der Beteiligten beim Bezirksamt und auf dem Rathaus in Karlsruhe offen. B.87

Karlsruhe, den 30. Juni 1925. O.Z. 92

Bezirksamt Karlsruhe. — Polizeidirektion B.

Zweiter Beamter.

Die neugeschaffene Stelle eines

Verwaltungssekretärs oder Obersekretärs

ist alsbald bei uns zu besetzen. E.542.2.1

Evangelische Bewerber, die im Staats- oder Gemeinde-Rechnungswesen und in den allgemeinen Verwaltungsgeschäften bewandert sind, wollen ihre Gesuche mit Gehaltsansprüchen bis längstens **15. ds. Mts.** hierher einreichen. Lebenslauf und lückenlose Zeugnisabschriften sind beizulegen. Planmäßige Anstellung wird in Aussicht gestellt.

Freiburg i. Br., den 1. Juli 1925.

Evangelische Gemeinde-Verwaltung.
Dreisamstraße 3.

Das neue badische Heimatbuch

Der Enz- und Pfinzgau

Im Auftrag des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von

Hermann Eris Busse, Freiburg i. Br.

320 Seiten mit 16 ganzseitigen Bildtafeln und 165 Abbildungen

Preis geheftet M. 6.— gebunden etwa M. 8.—

zeigt die Landschaft am Nordrand des Schwarzwalds im Wechsel der Zeiten in Kunst, Volksleben, Dichtung, Handel und Industrie. Pforzheims Aufstieg aus frühesten Anfängen ist in übersichtlicher Darbietung ausgebreitet. Kirchen und Schlösser, von denen die Dorfkirche zu Tiefenbrunn und das von Weinbrenner geschaffene Bauschlott sich zu den wertvollen Kunstwerken Deutschlands rechnen können, sind ein Stück steingewordene Geschichte des Mittelalters. So reiht sich dieser neue Band mit seinen 37 Beiträgen würdig an die früher erschienenen Heimatbücher an.

Verlag G. Braun, Karlsruhe
Karlfriedrichstrasse 14

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
Zahlungserleichterung
K Frankolieferung 948
LANG
Kaiserstr. 187 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Nadellangholzverkauf
Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) verkauft freihändig 2125 Fm. Nadellangholz aller Klassen, vorwiegend Starkholz. Angebote werden bis längstens Donnerstag, 9. Juli 1925, erbeten. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt. B.76.2.1

Badisches Landestheater
Freitag, den 3. Juli 1925
D 27
Th.-Gem. I. Sondergruppe
Die verkaufte Braut
Komische Oper in 3 Akten von K. Sabina
Musik von Friedrich Smetana
Musikal. Leitung: A. Lorentz
In Szene ges. von H. Bussard
Personen:
Kruschina Loichinger
Kathinka Henckel
Marie Fanz
Micha Lander
Agnes Wenzel
Wenzel Bussard
Hans Peters
Kezal Hancke
Springer Müller
Esmeralda Zoebisch
Muff Grötzinger
Bauernmädchen Tubach
Anfang 7½ Ende nach 10
Sperrsitz 1 7.—

Druck G. Braun, Karlsruhe.